

Info-Brief

April 2014

Deutscher Weiterbildungstag 2014 - es geht los

Nach intensiver Arbeit hinter den Kulissen präsentiert sich der Deutsche Weiterbildungstag 2014 ab sofort in der Öffentlichkeit! Den Anfang macht die Veröffentlichung des Mottos für den mittlerweile 5. Deutschen Weiterbildungstag. Es lautet: »europa BILDEN«.

Der Deutsche Weiterbildungstag am 19. September 2014 steht erstmals unter einem Schwerpunktthema und zwar – Europa. »Unsere Überzeugung: allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Weiterbildung sind Eckpfeiler eines zukunftsorientierten Europas. Unser Ziel: eine vielfältige Bildungsoffensive als Beitrag zur Gestaltung der europäischen Zukunft. Unser Motto: europa BILDEN«. Soweit ein Auszug aus der Begründung der Auswahlkommission zum Motto 2014. Ausführlichere Informationen dazu finden Sie unter: <http://www.deutscher-weiterbildungstag.de/die-initiative/motto-2014.html>

Jetzt geht's los – Machen Sie mit!

Das Motto steht also und jetzt geht es los. Die Veranstalter laden Sie herzlich ein, beim Deutschen Weiterbildungstag 2014 mit dabei zu sein. Nutzen Sie die Chance, an



diesem Tag für Weiterbildung und Lebenslanges Lernen zu werben und mit einer eigenen Veranstaltung aktiv zu sein. Das europäische Motto darf gerne als Leitmotiv für IHRE Veranstaltung genutzt werden – muss es aber nicht. Wichtig ist nur, dass Ihre Aktion rund um den 19. September 2014 stattfindet (plus/minus 1 Woche).

europa BILDEN

Der Weiterbildungstag 2014 geht in die Öffentlichkeit – gehen Sie mit!

Ab jetzt kommt die Kampagne Deutscher Weiterbildungstag also wieder richtig in Fahrt. In den nächsten Tagen wird die Presse informiert, außerdem werden Infos über unsere Initiative breit übers Internet gestreut. Bitte helfen Sie uns, den 5. Deutschen Weiterbildungstag möglichst bekannt zu machen. So einfach geht's:

Laden Sie eines der Web-Banner herunter, bauen es auf Ihrer Websei-

te ein und verlinken zu <http://www.deutscher-weiterbildungstag.de>. Die Web-Banner finden Sie dort im Download-Bereich. Neben den bekannten statischen Bannern, die optisch aufgefrischt sind, gibt es in diesem Jahr erneut ein animiertes Web-Banner.

Der Deutsche Weiterbildungstag ist eine gemeinsame Initiative verschiedener Verbände, Institutionen und Unternehmen der Weiterbildungsbranche. Er wurde im Jahr 2007 vom Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) und dem Deutschen Volkshochschulverband (DVV) initiiert. Seither ist der Kreis der Veranstalter erheblich größer geworden. Die rund 20 Veranstalter vertreten das weite Spektrum der beruflichen, politischen, kulturellen und allgemeinen Erwachsenen- und Weiterbildung in unserem Land. So viele Veranstalter wie 2014 gab es noch nie!

Inhalt

- Deutscher Weiterbildungstag 2014 - es geht los
- Thiemo Fojkar: Editorial
- Trends der Weiterbildung
- Brigitte Pothmer, MdB: Aktive Arbeitsmarktpolitik wird immer weiter ausgehöhlt
- Arbeitsmarktprognose 2014 des IAB
- Berufsbezogenes Sprachförderprogramm leistet Beitrag zur Fachkräftesicherung
- Berufsbildung ist Exportschlager

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 5. Deutsche Weiterbildungstag am 19. September wirft seine Schattentenden voraus: Unter dem Motto „europabilden“ stellen wir in diesem Jahr die Bedeutung der Beruflichen Aus- und Weiterbildung in einen europäischen Kontext.

Wir werden am Eröffnungstag mit namhaften Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesellschaft die Bedeutung der europäischen Dimension berufsbezogener Aus- und Weiterbildung als Grundlage einer starken Europäischen Gemeinschaft diskutieren und mit zahlreichen Aktionen eindrucksvolle Beispiele erfolgreicher Projekte zeigen. Dafür sind wir auf die Mitwirkung aller Mitgliedsverbände des BBB angewiesen.

In diesem Jahr konnten wir zahlreiche Institutionen und den Europäischen Verband der Träger Beruflicher Bildung (EVBB) als Mitveranstalter gewinnen. Auch dies ist ein Beleg für die Bedeutung dieses Tages.

Jeder neunte Euro wird aktuell zur Deckung der Verwaltungskosten der Jobcenter ausgegeben. Diese Nach-

richt hat uns sehr beunruhigt. Der Bereich des SGB II ist eindeutig unterfinanziert. Wenn steigende Verwaltungskosten jetzt offenbar durch Mittel kompensiert werden, die aus dem Eingliederungstitel stammen, wird die Möglichkeit, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, immer weiter eingeschränkt. Das kritisiert auch die Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer in ihrem Beitrag in diesen BBB-Infobrief.

Der Bildungsverband wird diesen Missstand nicht auf sich beruhen lassen. Ende April werde ich als BBB-Vorsitzender mit der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles darüber sprechen können.

Ihre besondere Aufmerksamkeit wollen wir auf die Trends in der Weiterbildung 2014 lenken, mit denen wir uns in der vorliegenden Ausgabe des Infobriefs beschäftigt haben. Als Bildungsträger können wir aus dieser Analyse wertvolle Erkenntnisse für die zukünftige strategische Ausrichtung unserer Geschäftsfeldentwicklungen ziehen, um unter anderem dem drohenden Fachkräftebedarf entgegenzuwirken.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch auf ein berufsbezogenes Sprachförderprogramm aufmerksam machen, das vom Europäischen Sozialfonds und dem

Bundesarbeitsministerium gefördert wird und zur Fachkräftesicherung dienen soll.

Zum Schluss möchte ich an unsere Mitgliederversammlung am 8. Mai 2014 in Berlin erinnern. Hier werden wir Ihnen als Vorstand Rechenschaft über unsere Aktivitäten in den vergangenen zwölf Monaten ablegen und die weitere Entwicklung unseres Verbandes diskutieren. In diesem Jahr stehen auch wieder Vorstandswahlen an. Hören können Sie an diesem Tag auch Impulsbeiträge aus dem politischen Umfeld auf Bundesebene.

Wir würden uns freuen, Sie in Berlin begrüßen zu können. Zeigen Sie durch Ihr Kommen die enge Verbundenheit zur Arbeit Ihres Bildungsverbandes und unterstreichen Sie so dessen Bedeutung!

Wir als Vorstand freuen uns auf ein persönliches Wiedersehen und auf intensive Gespräche mit Ihnen.

Herzlichst

Ihr

Thiemo Fojkar



Trends der Weiterbildung

DIE-Trendanalyse 2014 bietet gebündeltes Wissen für Entscheidungen der Bildungspolitik und -praxis

Die Trendanalyse 2014 des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung bündelt das oft verstreute oder schwer zugängliche Wissen über Weiterbildung in Deutschland. Sie dokumentiert ihre Strukturen, Prozesse und Ergebnisse, identifiziert Entwicklungslinien und interpretiert diese. Damit zeichnet sie ein Bild vom Status quo der Weiterbildung. Ziel und Anspruch der Trendanalyse ist es, die Grundlagen für Entscheidungen in der Bildungspolitik und -praxis zu ermöglichen. Bereits zum dritten Mal legt das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE) die „Trends der Weiterbildung“ vor.



In der Trendanalyse werden empirische Daten aus unterschiedlichen Quellen der Bildungsberichterstattung zusammengetragen. Dazu gehören eigene Datenquellen des DIE ebenso wie Befunde aus der Bildungsforschung. Vor allem in den Themenbereichen, die noch keinen Eingang in die Bildungsberichterstattung gefunden haben, präsentiert die Trendanalyse nicht nur Sekundärdaten, sondern eigene Forschungsergebnisse. Dazu gehört zum Beispiel der Bereich des Personals in der Weiterbildung. Gleich zwei Kapitel der Trendanalyse beschäftigen sich mit dieser Thematik: Neben den Leistungen des Weiterbildungspersonals stehen ihr sozioökonomischer Status und Ansätze für die weitere Professionalisierung im Fokus.

Weitere Kapitel widmen sich den aktuellen Trends bei den Angeboten

und Themen in der Weiterbildung, der Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen, der Weiterbildungsfinanzierung oder auch den durch Weiterbildung vermittelten Kompetenzen und Qualifikationen. Dabei liegt der Schwerpunkt der Darstellung auf der organisierten Weiterbildung, wiewohl auch das selbstgesteuerte und informelle Lernen mit in den Blick genommen wird.

Wichtig ist die Trendanalyse für die Bildungspraxis und Bildungspolitik, weil der Weiterbildungsbereich durch eine institutionelle Vielfalt gekennzeichnet ist. Dadurch geraten die Leistungen und Verdienste der Weiterbildung leicht aus dem Blick. Akteure aus Praxis, Politik und Wissenschaft bietet die Trendanalyse eine empirische Grundlage für die Einschätzung und Steuerung von künftigen Entwicklungen der Weiterbildungslandschaft. Zielgruppe des beim W. Bertelsmann Verlag erschienenen Bandes sind daher neben Bildungspolitikern vor allem auch Bildungspraktiker und Wissenschaftler.

Jeder 9. Euro für Arbeitsförderung ist in Verwaltung der Jobcenter gegangen

Aktive Arbeitsmarktpolitik wird immer weiter ausgehöhlt

von Brigitte Pothmer, MdB

Mehr als jeder 9. Euro ist 2013 in die Verwaltung der Jobcenter statt wie vorgesehen in die aktive Arbeitsmarktpolitik geflossen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine grüne Anfrage hervor. Demnach wurden 445 Millionen Euro vom Eingliederungstitel in den Verwaltungshaushalt der Jobcenter umgeschichtet. 11,4 Prozent des Titelansatzes für Fördermaßnahmen in Höhe von 3,9 Mrd. Euro wurden genutzt, um die laufenden Kosten für Personal und Verwaltung zu decken. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Anteil regelrecht explodiert und hat sich mehr als verdreifacht.

Aber auch die absoluten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Noch nie seit 2006 wurde so viel Geld von der Arbeitsförderung in die Verwaltung umgeleitet.

Diese Entwicklung ist unhaltbar. An vielen Arbeitslosen geht der Beschäftigungsaufbau bisher vorbei, das bekommen vor allem Arbeitslosengeld-II-Empfänger zu spüren. Damit sie neue Chancen am Arbeitsmarkt bekommen, muss in ihre Fähigkeiten investiert werden. Angesichts der immer komplexeren Problemlagen bei den Arbeitslosen sind dafür oft aufwändige und kostenintensive Maßnahmen wie Qualifizierungen nötig. Gleichzeitig ist häufig auch eine intensivere Betreuung und Begleitung dieser Arbeitslosen durch die Jobcenter erforderlich. Das geht nur mit einem besseren Personalschlüssel, wie alle einschlägigen Studien zeigen.

Fakt aber ist: Die Mittel für Qualifizierung und Förderung von Arbeitsuchenden wurden seit 2010 um 40 Prozent gekürzt, das Verwaltungskostenbudget im



Brigitte Pothmer ist Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

selben Zeitraum um 8 Prozent. Das die Jobcenter vor diesem Hintergrund in den Förderetat zur Deckung ihrer Personal- und Verwaltungskosten greifen, ist nachvollziehbar, aber trotzdem falsch. Denn in der Konsequenz blutet die aktive Arbeitsmarktpolitik finanziell aus.

Um diesen Trend zu stoppen, hilft nur eines: Bundesarbeitsministerin Nahles muss endlich dafür sorgen, dass die Jobcenter genügend Geld für gutes qualifiziertes Personal und für die Arbeitsförderung zur Verfügung haben.

Die im Koalitionsvertrag versprochenen zusätzlichen 1,4 Milliarden Euro für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in dieser Wahlperiode werden allerdings kaum Verbesserung bringen. Denn sie sollen lediglich dazu dienen, die Übertragung von Haushaltsmitteln der Jobcenter von einem Jahr ins nächste zu finanzieren. Schon jetzt zeichnet sich aber ab, dass 2014 der Etat von den Jobcentern größtenteils ausgeschöpft werden wird. Die Arbeitslosen brauchen mehr als weiße Salbe. Ministerin Nahles darf sie nicht weiter abhängen.

Hintergrund

Statt der im Bundeshaushalt veranschlagten 4,05 Mrd. Euro für „Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende“, wurden dafür 2013 4,495 Mrd. Euro ausgegeben. Um die Gesamtkosten zu decken, wurden 445 Mio. Euro aus dem Etat für „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ umgeschichtet (die beiden Titel sind gegenseitig deckungsfähig). Damit sind 2013 11,4 Prozent der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik in den Verwaltungshaushalt der Jobcenter geflossen, so viel wie nie seit 2006.

In den Jahren 2006 bis 2009 schwankte der Anteil zwischen 1,6 und 3,2 Prozent. 2010 wurde der Haushaltsansatz daher auf 4,4 Mrd. Euro erhöht und nur minimal überschritten (0,2 Prozent). Seit 2011 wurde der Haushaltsansatz wieder gesenkt und betrug zuletzt 4,05 Mrd. Euro im Jahr.

Arbeitsmarktprognose 2014 des IAB

In seinem jüngsten Kurzbericht (IAB Kurzbericht 04/2014) stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung folgende Prognosen für 2014:

Die deutsche Wirtschaft erhöht das Wachstumstempo. Für das laufende Jahr rechnet das IAB mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,0 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit wird 2014 um 70.000 auf 2,88 Mio. Personen sinken. Für die nächsten drei Monate signalisiert auch das IAB-Arbeitsmarktbarometer eine positive Entwicklung. Im SGB III geht die Arbeitslosigkeit etwas stärker zurück, aber auch im Bereich des SGB II sinkt die Arbeitslosigkeit.

Die Erwerbstätigkeit setzt ihren Aufwärtstrend mit einem Zuwachs um 290.000 Personen fort. Ein großes Plus gibt es abermals bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Das Erwerbspersonenpotenzial wächst in diesem Jahr vor allem aufgrund der hohen Zuwanderung um gut 140.000 Personen und erreicht damit ein Rekordniveau. Einem noch stärkeren Anstieg steht allerdings die ungünstige demografische Entwicklung entgegen, die immer mehr zum Tragen kommt.

	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Kap. 1112 Tgr. 01 Tit. 685 11)		Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Kap. 1112 Tgr. 01 Tit. 636 13)		Umschichtungen vom Eingliederungs- in das Verwaltungsbudget
	in Mio. Euro		in Mio. Euro		in Mio. Euro
	Soll	Ist	Soll	Ist	Ist
2006	6.470	4.470	3.500	3.607	107
2007	6.500	4.833	3.498	3.676	178
2008	6.400	5.357	3.600	3.776	176
2009	6.600	5.902	4.000	4.210	210
2010	6.600	6.017	4.400	4.413	13
2011	5.300	4.445	4.290	4.339	49
2012	4.400	3.751	4.050	4.209	159
2013	3.900	3.534	4.050	4.495	445

Berufsbildung ist Exportschlager

Die Aus- und Weiterbildungsbranche sieht beste Wachstumschancen im Ausland.

Noch nie erzielte die deutsche Aus- und Weiterbildungsbranche einen so hohen Umsatz im Ausland. Und noch nie blickten die Unternehmen so optimistisch in die Zukunft, was die eigenen Wachstumschancen im Ausland angeht. Das sind zwei der wichtigsten Ergebnisse aus der Studie »Trend-Barometer 2012/2013 Exportbranche Aus- und Weiterbildung«, für die 100 Manager deutscher Aus- und Weiterbildungsunternehmen ihre Einschätzung abgegeben haben.

Fast jeder vierte deutsche Anbieter exportiert Bildungsleistungen; 2010 war es noch etwa jeder zehnte. Demnach hat sich der Anteil der exportierenden Bildungsanbieter in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.

Sieben von zehn Befragten prognostizieren mehr Wachstumspotenzial auf den Auslandsmärkten als im Inland. Die qualitativ hochwertige und praxisnahe Aus- und Weiterbildung Deutschlands wird im Ausland weiterhin stark nachgefragt. Technische Berufe: sind in sieben von zehn Fällen Gegenstand des Bildungsexports.

Hintergrund

iMOVE (International Marketing Of Vocational Education) ist eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Internationalisierung deutscher Aus- und Weiterbildung; Sitz von iMOVE ist das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Bonn.

Herausgeber:

Bundesverband der Träger
beruflicher Bildung
(Bildungsverband) e.V.

Französische Straße 8
10117 Berlin
Tel. 030 20454849

Verantwortlich:
Thiemo Fojkar, Vorsitzender

Redaktion:
Peter Rother und Andreas Nierhaus
Tel. 040 35094 212
peter.rother@daa-stiftung.de
www.bildungsverband.info

Ausgabe April 2014

Berufsbezogenes Sprachförderprogramm leistet Beitrag zur Fachkräftesicherung

BAMF und BA kooperieren bei der bundesweiten Durchführung von berufsbezogenen Sprachkursen.

Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), und Heinrich Alt, Vorstand Grundsicherung der Bundesagentur für Arbeit (BA), unterzeichneten im Januar eine Verwaltungsvereinbarung zur Kooperation beider Institutionen bei der Durchführung der berufsbezogenen Sprachförderung in den Jahren 2014 bis 2020. Konkret geht es um die Neuaufgabe des so genannten ESF-BAMF-Programms, das 2009 erstmals startete und sich inzwischen zu einem bundesweit standardsetzenden Sprachförderangebot entwickelt hat.



Dr. Manfred Schmid, Präsident des BAMF (links), und Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der BA

„Es muss uns gelingen, zusätzliche Potenziale für den Arbeitsmarkt zu erschließen“, sagte Schmidt anlässlich der Unterzeichnung. Noch zu viele Menschen fänden keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz, weil sie bisher keine Möglichkeit hatten, die für den Beruf erforderlichen Sprachkenntnisse zu erwerben. „Das ESF-BAMF-Programm bietet auf Grund seiner hohen inhaltlichen Flexibilität eine besonders erfolgreiche Hilfestellung, die Integration in den Arbeitsmarkt nachhaltig zu fördern“, so Schmidt. Für viele eröffne sich damit auch ein Weg, um aus der SGB II-Förderung herauszukommen und eine berufliche Perspektive aufzubauen.

„Der Zugang in Ausbildung und Beschäftigung ist für Menschen mit ausländischen Wurzeln im Vergleich zur deutschen Bevölkerung immer noch deutlich schwieriger“, erläuterte Heinrich Alt. Gründe hierfür seien überwiegend Sprachdefizite, auch in der zweiten oder dritten Generation. „Basis von Integration ist Sprache. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse gibt

es keine echten Teilhabechancen. Wir können es uns aber nicht leisten, die Potenziale einzelner Bevölkerungsgruppen zu vernachlässigen. Wir müssen die Chancen von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern“, sagte Alt, der die Verwaltungsvereinbarung zur berufsbezogenen Sprachförderung als eine wichtige Weichenstellung bezeichnete. Sie schaffe die Basis für die Fortsetzung einer Erfolgsgeschichte. „Erfolgsgeschichte deswegen, weil bislang jeder zweite Teilnehmer im Anschluss an die berufsbezogene Deutschförderung in Arbeit, Ausbildung oder eine weiterführende Qualifizierung integriert werden konnte, was mit Blick auf die oftmals schwierigen Lebenssituationen der Kursteilnehmer sehr beeindruckend ist“, so Alt.

Mit der Durchführung des Programms zur berufssprachlichen Deutschförderung hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Förderperiode 2014 - 2020 wie in den Jahren zuvor das BAMF beauftragt. Kernaufgabe der Jobcenter und Arbeitsagenturen ist die Auswahl potenzieller Teilnehmerinnen und -teilnehmer.

Die Kurse des ESF-BAMF-Programms, das von ausgewählten Bildungseinrichtungen flächendeckend in Deutschland zur Verfügung steht, umfassen 730 Unterrichtseinheiten. Die Kurse sehen neben dem berufsbezogenen Sprachunterricht auch einen Fachunterricht und ein Praktikum vor. Adressiert werden alle Menschen mit besonderem Sprachförderbedarf. In erster Linie nehmen SGB II- und SGB III-Leistungsbezieher an dem Programm teil. Die Kurse stehen aber auch Nichtleistungsempfängern, Beschäftigten und Asylbewerbern mit einem nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt offen. Die Kurse werden in allen relevanten Fachrichtungen angeboten, z.B. für Pflegeberufe, Ärzte, Ingenieure, Naturwissenschaftler und Erzieher. Angeboten werden auch berufsorientierende Kurse.

Weitere Informationen über das ESF-BAMF-Programm finden Sie auf der Seite des BAMF unter: www.bamf.de